

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Integrationsrates der Stadt Baesweiler vom 29.10.2015 im Sitzungssaal des Rathauses Setterich

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:11 Uhr

### **Anwesend waren:**

#### **a) Mitglieder:**

Frau Reyhan Akkas - Vorsitzende  
Herr Kazim Karakök  
Herr Serkan Yalcin  
Frau Gülay Gürbüz  
Herr Hakan Sarioglu  
Frau Pervin Koch für Herrn Abdullah Eldemir  
Herr Youssef Agourram für Herrn Ahmed Amgoune  
Frau Elvira Resch-Beckers  
Herr Mathias Puhl  
Herr Wolfgang Scheen  
Herr Christian Schöneborn  
Herr Rolf Beckers für Herr Hans-Dieter Deserno  
Frau Zeynep Tosuncuk  
Herr Ümit Akcay

#### **von den Mitgliedern fehlten entschuldigt:**

Frau Gabriele Bockmühl

#### **von den Mitgliedern fehlten unentschuldigt:**

keine

#### **b) von der Verwaltung:**

Herr Beigeordneter Frank Brunner  
Frau Angelika Breuer  
Frau Christiane Hanek

#### **c) Gäste:**

Herr Puria Chizari, Mitarbeiter der Sozialpsychiatrischen Kompetenzzentren Migration (SPKoM) im Rheinland  
Frau Schwarz, von der Triangel, Kontakt- und Beratungsstelle in Alsdorf-Kohlscheid-Baesweiler  
Frau Carmen Rodriguez, Amt für Kinder, Jugend und Familienberatung der StädteRegion Aachen  
Herr Alexander Franzen, Amt für Kinder, Jugend und Familienberatung der StädteRegion Aachen  
Herr Timur Bozkir, Kommunales Integrationszentrums der StädteRegion Aachen

Die Mitglieder des Integrationsrates waren mit Einladung vom 13.10.2015 zur Sitzung am Donnerstag, dem 29.10.2015, unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen worden. Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gemacht.

Die Vorsitzende Frau Reyhan Akkas eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Integrationsrates sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie die Gäste.

### **Tagesordnung:**

1. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 10.02.2015
2. Sozialpsychiatrische Kompetenzzentren Migration (SPKoM) im Rheinland;  
hier: Vortrag des SPKoM-Koordinators Westliches Rheinland
3. Vortrag seitens des Amtes für Kinder, Jugend und Familienberatung sowie des Kommunalen Integrationszentrums der StädteRegion Aachen zur Umsetzung des § 13 c „Sprachliche Bildung“ des Kinderbildungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen in der kommunalen Bildungsplanung
4. Bestellung eines stellvertretenden Schriftführers
5. Antrag des Vorstandes des Integrationsrates;  
hier: Erweiterung der Verkehrskommission um 1 Mitglied des Integrationsrates
6. Berufung einer stellvertretenden sachkundigen Einwohnerin/eines stellvertretenden sachkundigen Einwohners in den Bau- und Planungsausschuss
7. Berufung einer neuen Vertreterin/eines neuen Vertreters in den Stadtteilbeirat
8. Aktueller Sachstand zum Thema „Flüchtlinge in Baesweiler“
9. Verwendung der Mittel des Integrationsrates für das Jahr 2016
10. Rückblick Internationales Kinder- und Stadtteilstadtteilfest 2015 sowie Planung Internationales Kinderfest 2016
11. Mitteilungen der Vorsitzenden
12. Mitteilungen der Verwaltung
13. Anfragen von Integrationsratsmitgliedern

Sodann begann Frau Akkas mit der Tagesordnung.

#### **1. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 10.02.2015**

Frau Resch-Beckers bat um eine zeitnähere Fertigstellung der Sitzungsniederschrift. Sodann wurde die Niederschrift vom 10.02.2015 von den anwesenden Mitgliedern des Integrationsrates zur Kenntnis genommen.

## **2. Sozialpsychiatrische Kompetenzzentren Migration (SPKoM) im Rheinland; hier: Vortrag des SPKoM-Koordinators Westliches Rheinland**

Auf Wunsch des Vorstandes des Integrationsrates gaben Herr Chizari und Frau Schwarz, die Mitarbeiter des Sozialpsychiatrischen Kompetenzzentrums, einen Bericht über Ihre Arbeit ab:

Frau Schwarz stellte sich als Vertreterin der Triangel, eine Kontakt- und Beratungsstelle mit Sitz in Alsdorf, vor. Zweiwöchentlich werde im Rahmen von Triangel ein Frühstück in Baesweiler angeboten.

Herr Chizari sei als Vertreter der Sozialpsychiatrischen Kompetenzzentren Migration im Rheinland (SPKoM Rheinland) anwesend. In den SPKoM sollen psychisch Kranke integriert werden.

Das Sozialpsychiatrische Zentrum der StädteRegion Aachen habe Standorte in Herzogenrath, Alsdorf, Baesweiler und Eschweiler. Der Träger des Fördervereins habe seinen Sitz in Eschweiler.

Die sozialpsychiatrischen Zentren mit ihren Kontakt- und Beratungsstellen bestünden seit 1992 und wurden in Kooperation mit dem damaligen Kreis Aachen und dem Förderverein für die Rehabilitation psychisch Kranker und Behinderter gegründet.

Zu den Beratungsstellen gehörten die Kontakt und Beratungsstelle, die Tagesstätte „Klinke“, ambulant betreutes Wohnen sowie das Sozialpsychiatrische Kompetenzzentrum.

Seit 1986 würden die Sozialpsychiatrischen Kompetenzzentren vom Landschaftsverband gefördert, sodass auch psychisch Kranke in der Gemeinde integriert werden. Die Unterstützungsangebote fänden in den Kontakt- und Beratungsstellen statt, welche als Art Drehscheibe fungiert, da von hier auch psychisch Kranke auch an andere Kontaktstellen verwiesen werden können.

Es würden niedrigschwellige Angebote durchgeführt, wie z.B. Frühstück, kreative Arbeit (malen, basteln, spielen), diverse Tagesausflüge aber auch Angehörigengruppen. Vorteil dieser Gruppen sei, dass man die Angebote annehmen könne, es jedoch keine festen Anmelde Listen gäbe. Wer möchte könne anonym bleiben. Außerdem seien die Angebote kostenfrei.

Das ambulant betreute Wohnen sei für Mitbürger, die einen höheren Betreuungsbedarf haben. Die Aufteilung erfolge in Fachleistungsstunden durch den Landschaftsverband.

In der Tagesstätte werde eine Strukturierung des Tages angeboten. Sie biete und helfe Menschen, die dem allgemeinen Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung stünden, einen geregelten Tagesablauf an, so Frau Schwarz.

Herr Chizari sei für alle Sozialpsychiatrische Kompetenzzentren im westlichen Rheinland zuständig. Ziel sei es, die sozialen Einrichtungen interkulturell zu öffnen. Auch Menschen mit Migrationshintergrund sollen sich in den gegebenen Angeboten willkommen fühlen. Dazu müssten Migranten durch Multiplikatoren erstmal aufgeklärt werden, wie hier durch den Integrationsrat. Weiterhin standen Frau Schwarz und Herr Chizari für Fragen zur Verfügung.

Frau Gürbüz erfragte, ob auch türkisch-sprachige Migranten auf einen türkisch-sprachigen Mitarbeiter treffen würden, damit sie auch integriert würden.

Frau Schwarz erläuterte, sie selber führe den Frühstückstreff in Baesweiler und sie sei der türkischen Sprache nicht mächtig. Es gäbe jedoch einen Dolmetscherdienst in Alsdorf, jedoch sei gerade die Sprachbarriere ein großes Problem.

Es gäbe türkische Besucher, aber gerade bei Migrantinnen und Migranten, die die deutsche Sprache nicht sprechen, sei es sehr schwierig, sie dauerhaft in den Angeboten zu halten.

Frau Tosuncuk bedankte sich bei den Referenten und fragte an, ob man in den entsprechenden Einrichtungen auch ehrenamtlich tätig werden könne, vielleicht auch für Dolmetscher-Tätigkeiten.

Dies wäre sehr wünschenswert, so Frau Schwarz. Es sei immer wieder sehr schwierig, Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler für eine Tätigkeit in den Einrichtungen zu gewinnen.

Auch Herr Scheen, seitens der CDU-Fraktion, bedankte sich für den Vortrag. Er betonte, dass er gut fände, dass es solche Angebote speziell für Migrantinnen und Migranten gäbe und fragte, ob die Einrichtungen mit Ärzten in Kontakt stünden. Hierzu erläuterte Frau Schwarz, dass die Besucher meist von Fachärzten oder von psychiatrischen Kliniken weiter vermittelt würden. Ein Kontakt mit Ärzten bestünde auf Grund der Schweigepflichten nicht. Der Besuch der Einrichtungen läge im Interesse jedes Einzelnen.

Herr Chizari ergänzte zur Frage, dass es sich absolut nicht um Angebote speziell für Migrantinnen und Migranten handele. Es handele sich um Regelangebote, an denen Migrantinnen und Migranten ebenso wie Einheimische barrierefrei teilnehmen könnten.

Frau Resch-Beckers erfragte, wie die Angehörigengruppen angenommen würden. Laut Frau Schwarz gäbe es in Stolberg eine sehr große und engagierte Angehörigengruppe. In Alsdorf gäbe es seit Anfang 2015 eine Angehörigengruppe, welche auch einen guten Zuspruch habe, jedoch müsse man festhalten, dass die Schamgrenze doch sehr hoch sei, was sicherlich viele Betroffenen abhalte bzw. es ihnen schwer mache, eine solche Angehörigengruppe zu besuchen. Die Treffen fänden einmal im Monat statt und seien nicht ortsgebunden.

Auch Herr Karakök bedankte sich für den Vortrag und bot im Namen des Integrationsrates Hilfe an, ob bei sprachlichen Barrieren oder auch anderweitig.

### **Beschluss:**

Der Integrationsrat nahm den Bericht des SPKoM Koordinators Westliches Rheinland zur Kenntnis und dankte für den Bericht.

### **3. Vortrag seitens des Amtes für Kinder, Jugend und Familienberatung sowie des Kommunalen Integrationszentrums der StädteRegion Aachen zur Umsetzung des § 13 c „Sprachliche Bildung“ des Kinderbildungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen in der kommunalen Bildungsplanung**

In der letzten Sitzung des Integrationsrates wurde darum gebeten, die Mitarbeiter der StädteRegion Aachen um einen Sachstandsbericht zur Umsetzung des § 13 c „Sprachliche Bildung“ des Kinderbildungsgesetzes des Landes NRW in der kommunalen Bildungsplanung zu bitten. Dieser Bitte sei die Verwaltung gerne nachgekommen, so Beigeordneter Brunner.

Seitens des Amtes für Kinder, Jugend und Familienberatung der StädteRegion Aachen haben Herr Alexander Franzen, zuständig für die Kindertagesbetreuung, Herr Timur Bozkir seitens des Kommunalen Integrationszentrums der StädteRegion Aachen sowie Frau Carmen Rodriguez, Multiplikatorin bei der StädteRegion Aachen für die alltagsintegrierte Sprachförderung, zum Thema vorgetragen.

Herr Bozkir vom Kommunalen Integrationszentrum der StädteRegion Aachen, stellte gerne seine Arbeit vor:

Der Arbeitskreis der Migrantenvertretungen der StädteRegion tage viermal im Jahr und es werde über Schwerpunktthemen des Kommunalen Integrationszentrums beraten. Die Integrationsräte der Kommunen in der StädteRegion würden durch ihre abgeordneten Delegierten beteiligt.

Im Jahr 2013 hätten zusätzlich zu vier Treffen eine Klausurtagung mit zwei Schwerpunkten zum Thema: „Öffnung der Schulen im interkulturellen Kontext“ sowie „Älter werden in der StädteRegion“ stattgefunden.

Das Kommunale Integrationszentrum habe auch noch andere Arbeitsgebiete, wie z. B. im Elementar- und Primarbereich die Programme „Rucksack“, „Lotus“ etc., die die Mehrsprachigkeit unterstützen und bereits seit 16 Jahren erfolgreich laufen. Dazu werde auch das pädagogische Personal entsprechend geschult.

Schwerpunkt für die Jahre 2016 bis 2018 werde unter anderem die Unterstützung der Schulen im Bereich der Seiteneinsteiger (Flüchtlinge) sein.

Aus seiner persönlichen Sicht gäbe es keinen anderen Bereich, der so viele Veränderungen mitmache, wie der Elementarbereich. Es gäbe so viele Veränderungen, die durch das Land Nordrhein-Westfalen vorgenommen würden. Er dankte den Kolleginnen und Kollegen vom Jugendamt, die sich stets mit der Umsetzung dieser Veränderungen beschäftigen, um den Kindern die besten Chancen zu ermöglichen.

Herr Franzen bedankte sich für die Einladung und betonte, er mache sehr gerne seine Arbeit im Amt für Kinder, Jugend und Familienberatung transparenter. Das Amt für Kinder, Jugend und Familienberatung der StädteRegion Aachen sei zuständiges Jugendamt für Baesweiler, Monschau, Roetgen und Simmerath. Also für die Kommunen in der StädteRegion Aachen, die kein eigenes Jugendamt hätten. Außerdem sei das Amt für Kinder, Jugend und Familienberatung auch Träger für Kindertageseinrichtungen (Kitas).

Herr Franzen und Frau Rodriguez referierten über die Sprachförderung und Sprachbildung in den Kindertagesstätten (Kitas) der StädteRegion Aachen.

Unter Sprachförderung verstehe man den medizinisch-therapeutischen Bereich. Sprachbildung sei ein neuer Begriff, welcher im Rahmen der Revision des Kinderbildungsgesetzes entstanden sei. Hier stehe schwerpunktmäßig der Erwerb der deutschen Sprache im Vordergrund. Sicherlich werde auch die Neugier auf andere Sprachen geweckt. Sollte tatsächlich die Bilingualität in Kitas gewünscht sein, so sei dies derzeit nicht zu leisten. Nichts desto trotz würden in der täglichen Arbeit mehrere Sprachen bedient.

Es werde oft darum gebeten, über diverse Themenbereiche zu referieren, wie z.B. über den mathematisch-naturwissenschaftlichen, den musisch-kreativen, den technischen Bereich, über Sprache, Ernährung etc. All diese Bereiche zählten zu den Bildungsbereichen, welche in den Kitas gleich wichtig seien und ineinander greifen würden. Wenn man z.B. einen Kuchen backe, dann lerne man etwas über messen, zählen, wiegen. Man mache etwas zusammen und fördere damit das Sozialverhalten. Man könne hier die Zutaten in einer anderen Sprache benennen oder auch mal ein Lied in einer anderen Sprache singen. Dies sei sogar gewünscht und solle auch so sein.

Man habe den gesetzlichen Auftrag als Vorläufer der Schulpflicht, in erster Linie Deutsch als Grundlage für die Teilhabe am Bildungssystem zu vermitteln. Wie dies sichergestellt werde und auch umgesetzt werde erkläre im Folgenden Frau Rodriguez.

Frau Rodriguez stellte sich vor. Sie sei Logopädin und betreue zwei Kindertagesstätten der StädteRegion, die Kindertagesstätte in der Emil-Mayrisch-Straße in Setterich sowie die Kindertagesstätte in der Ringstraße in Baesweiler. Ab Januar 2016 werde sie Multiplikatorin für die Erzieherinnen der StädteRegion sein, die speziell im Gebiet der Sprachbildung weitergebildet werden.

Bei der Sprachbildung gehe es nicht darum etwas auszubauen, sondern etwas anzubieten. D.h., dass diese generell für alle Kinder und auch alltagsintegriert sei.

Die Sprachförderung sei hingegen nur für ausgewählte Kinder, wie z.B. das Programm Delphin 4. Es würden spezielle Kinder in Kleingruppen zusammengefasst und deren Defizite sollen im Hinblick zu anderen Kindern der gleichen Altersgruppe ausgeglichen werden. Diese Angebote erfolgen zusätzlich. Es stünden hier einzelne Sprachkompetenzen im Fokus. Außerdem benötige man klare Vorgaben über Strukturierung, Umsetzung und Material, da man im Vorfeld wissen müsse, welche Sprachkompetenz gefördert und ausgeglichen werden solle.

Die Sprachtherapie sei nur für Kinder mit diagnostizierten Sprachentwicklungsstörungen. Hier sollten Störungsbilder beseitigt werden. Dieses Arbeitsfeld werde nur von Therapeuten und nicht von Erzieherinnen abgedeckt. Für eine strukturierte Herangehensweise wurden zwei Beobachtungsverfahren entwickelt. In der StädteRegion werde das Beobachtungsverfahren „BaSik“ angewendet, welches für „begleitende alltagsintegrierte Sprachentwicklungsbeobachtung in Kindertageseinrichtungen“ stehe.

Es gäbe jedoch zwei Versionen für verschiedene Altersgruppen, U3 für Kinder im Alter zwischen 1 bis 3,5 Jahren sowie Ü3 für Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren und 11 Monaten. Die Kinder werden einzeln beobachtet, danach finde eine Protokollierung über einen einheitlichen Begutachtungsbogen statt, somit könne man die Ergebnisse gut vergleichen und es seien auch Entwicklungen klar zu erkennen.

Für die Kinder, die Deutsch als Zweitsprache sprechen, sogenannte „DaZ-Kinder“, gäbe es einen zusätzlichen Fragebogen, welcher auf besondere Bedürfnisse eingehe.

Außerdem gäbe es verschiedene Sprachbildungsstrategien. Dazu biete sich für kleine Kinder das handlungsbegleitende Sprechen an, indem man das erkläre, was man tue, es versprachliche, um dem Kind Wörter an die Hand zu geben, die es in der gleichen Situation selber nutzen könne. Außerdem könne man die Sätze der Kinder in grammatikalisch richtiger Reihenfolge wiederholen, ohne dem Kind erkenntlich zu machen, dass es Fehler gemacht habe.

Am Beispiel des Rollenspiels zeigte Frau Rodriguez, wie die verschiedenen Sprachbildungsstrategien in verschiedenen Altersgruppen von den Kindern angewendet und umgesetzt werden.

Man solle gute Voraussetzungen schaffen, dann sei den Kindern ein guter Lernprozess gegeben.

Frau Rodriguez bedankte sich für die Aufmerksamkeit.

Seitens der Integrationsratsvorsitzenden, Frau Akkas, wurde nachgefragt, ob noch Fragen bestünden.

Herr Karakök nahm Bezug auf den gestellten Antrag des Integrationsrates und stellte fest, dass der Antrag sich auf die Bilingualität von Kitas bezogen habe und nicht wie dargestellt auf die sprachliche Bildung.

Herr Franzen bezog sich auf seine bereits eingangs genannten Worte. Es handele sich bei Bilingualität in Kitas um ein schwieriges Thema, da eine durchgängige Bilingualität in Kitas fast nicht zu leisten sei. Deutsch-Englische Kitas gäbe es, diese seien auch sinnvoll, wenn sie temporär genutzt würden, meist handele es sich hierbei um private Kitas. Die Sprachen seien zu vielfältig. Schon allein in Baesweiler seien die Sprachen sehr breit gefächert.

Herr Scheen seitens der CDU-Fraktion dankte für den Vortrag und stimmte den Referenten zu. Er sehe auch das finanzielle Problem. Alle Kommunen seien finanziell stark ausgelastet. Seiner Ansicht nach sei im Alltag der Kitas der Erwerb der deutschen Sprache von zentraler Bedeutung, nicht nur für Kinder mit Migrationshintergrund sondern auch für deutsche Kinder.

Auch Herr Franzen bestätigte, dass es in den Kitas generell um den Erwerb der deutschen Sprache gehe und dies richtigerweise nicht nur für die Kinder, die Defizite haben, sondern dies gelte für alle Kinder. Die Beurteilungsbögen seien keine Benotungen, sondern sei alleine für die Kinder und Eltern. Man müsse diese nicht z.B. an Schulen weitergeben.

Auch Herr Bozkir pflichtete der Meinung von Herrn Franzen bei, jedoch fügte er hinzu, dass der Erwerb der Muttersprache kein Hindernis zur deutschen Sprache sei. D.h. könne ein Kind die Muttersprache gut, so könne es die zweite Sprache einfacher erlernen. Zudem gäbe es Projekte, wie z.B. das Projekt „Rucksack“, bei dem auch die Eltern mit ins Boot geholt würden. Es werde ein bestimmtes Thema betrachtet, über das Eltern mit den Kindern in der Muttersprache sprechen und Erzieherinnen und Erzieher über das Thema in der deutschen Sprache sprechen. Es würden somit beide Sprachen gefestigt.

Frau Koch betonte, dass sich in den Kindergärten bereits viel geändert habe. Kinder dürften nun auch im Kindergarten in der Muttersprache sprechen. Vor einigen Jahren noch wurde dies nach ihrer Erfahrung in den Einrichtungen untersagt. Allerdings befürworte sie bilinguale Kindergärten. Sicherlich würden viele Eltern das Angebot in Anspruch nehmen, dass Ihre Kinder bereits frühzeitig die englische Sprache erlernen könnten.

In den Grundschulen werde muttersprachlicher Unterricht angeboten. Hier werde jedoch viel gefordert, wie sie aus eigener Erfahrung berichten könne. Es werde verlangt, dass die Kinder z.B. die türkische Sprache bereits recht gut beherrschen müssten. Es wäre nach ihrer Meinung wünschenswert, wenn an diesem Unterricht auch deutsche Kinder teilnehmen könnten und türkisch somit als zusätzliche Sprache angeboten würde.

Herr Bozkir erläuterte, dass der muttersprachliche Unterricht nur dann an einer Schule angeboten werde, wenn eine Mehrzahl der Eltern einen Antrag stellen würde. Man könne die Kinder nicht dazu zwingen, eine neue Sprache zu erlernen, somit könne auch z.B. kein Türkisch als weitere Sprache im Primarbereich angeboten werden. Dies sei nicht zu vergleichen mit muttersprachlichem Unterricht. Er lege zudem schon Wert darauf, dass im muttersprachlichen Unterricht ein gewisser Standard herrsche.

Frau Gürbüz bedankte sich ebenfalls für die Vorträge. Auch sie sei ganz der Meinung des Herrn Bozkir. Man müsse zunächst die Muttersprache erlernen, um eine weitere Sprache erlernen zu können. Sie selber konnte kein Deutsch sprechen, als sie eingeschult wurde, und könne nun auch gut Deutsch sprechen. Ihr Kind ginge mit zweieinhalb Jahren noch nicht in den Kindergarten, weil dort nur deutsch gesprochen würde, es solle erstmal türkisch lernen. Sie befürworte die Bilingualität in Kitas, wenn man kein Türkisch anbieten könne, dann wäre zumindest Englisch wünschenswert.

Herr Franzen erläuterte, er sehe das Problem der Bilingualität in Kitas auch darin, dass die Erzieherinnen und Erzieher ebenfalls die Sprachen sicher beherrschen müssten.

Dies könne er beispielsweise bei einer Einstellung gar nicht sicher beurteilen. Derzeit werden in den Kitas diverse Sprachen spielerisch angeboten, z. B. Zahlen oder das Alphabet oder auch ein Lied in einer anderen Sprache. Das mache die Kinder neugierig und es sei auch so gewünscht.

Herr Karakök betonte, er sehe, dass seitens des Jugendamtes viel geleistet werde. Auch er finde die Muttersprache wichtig und fragte nach, ob es das Projekt „Rucksack“ noch gäbe.

Herr Bozkir bestätigte, dass das Projekt „Rucksack“ noch laufe. Es müsse für solche Projekte eine gewisse Interessenlage der Eltern bestehen, hier würden nicht nur Kindern sondern auch die Eltern lernen.

Frau Akkas fragte nach, was getan werden müsste, dass mehr Kinder an den angebotenen Projekten teilnehmen würden. Die Eltern müssten ausreichend über die Projekte informiert werden. Viele Eltern möchten die Kinder nicht überfordern und melden die Kinder somit nicht bei den Projekten zur Sprachförderung an. Sie sollten ermutigt werden, in den einzelnen Einrichtungen nach „Rucksack“ zu fragen, so Herr Bozkir und Herr Franzen.

#### **Beschluss:**

Der Integrationsrat nahm die Ausführungen der Referenten der StädteRegion Aachen einstimmig zur Kenntnis und bedankte sich für den Bericht.

#### **4. Bestellung eines stellvertretenden Schriftführers**

Aufgrund des § 23 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Integrationsrat der Stadt Baesweiler hat der Integrationsrat das Bestellungsrecht der Schriftführerin/des Schriftführers und ihrer/seiner Vertreterin/ihres/seines Vertreters.

Die Verwaltung schlug vor, die stellvertretende Schriftführung im Integrationsrat dem Stadtangestellten Herrn Daniel Havertz zu übertragen.

#### **Beschluss:**

Der Integrationsrat bestellte den Stadtangestellten Herrn Daniel Havertz einstimmig zum stellvertretenden Schriftführer.

#### **5. Antrag des Vorstandes des Integrationsrates;**

##### **hier: Erweiterung der Verkehrskommission um ein Mitglied des Integrationsrates**

Der Vorstand des Integrationsrates der Stadt Baesweiler beantragte die Entsendung eines Mitgliedes des Integrationsrates der Stadt Baesweiler in die Verkehrskommission.

In der Sitzung des Rates am 17.06.2014, TOP 9, wurden - wie seit Jahren praktiziert - fünf Mitglieder des Stadtrates zu Mitgliedern der Verkehrskommission gewählt. Die Verkehrskommission diene dabei lediglich der Vorbereitung der Sitzungen des Verkehrs- und Umweltausschusses und finde nach vorgegebener Tagesordnung in Form einer Bereisung des Stadtgebietes statt.

Sachkundige Bürger oder Einwohner seien für diese vorbereitende Bereisung dabei nicht vorgesehen. Als Stellvertreter für die ordentlichen Mitglieder der Verkehrskommission kommen für alle Fraktionen zudem ausschließlich Ratsmitglieder in Betracht.



In der vorgenannten Sitzung des Rates wurde ebenfalls beschlossen, dass unter anderem auch dem Verkehrs- und Umweltausschuss ein(e) vom Integrationsrat benannter ausländischer/benannte ausländische Mitbürger/in als sachkundige(r) Einwohner/in angehören solle. Der Integrationsrat hat in seiner Sitzung am 28.08.2014 unter TOP 9 entsprechende Vorschläge für den Stadtrat beschlossen, die der Rat in seiner Sitzung am 09.09.2014, TOP 4, verabschiedet hat.

Zu betonen sei, dass es sich bei der Verkehrskommission formell nicht um einen Ausschuss, sondern lediglich um ein ausschussvorbereitendes Gremium handele. Die in der Verkehrskommission getroffenen Entscheidungen haben dabei lediglich „Empfehlungscharakter“. Die abschließenden Entscheidungen werden stets im Verkehrs- und Umweltausschuss getroffen, in dem der Integrationsrat durch eine(n) sachkundige(n) Einwohner(in) vertreten sei.

Analog zu dem Verfahren bei den Ausschüssen erhalten jedoch alle Mitglieder des Verkehrs- und Umweltausschusses sowie alle Ratsmitglieder die Einladungen zu den Bereisungen der Verkehrskommission informell zur Kenntnis ebenso wie deren Niederschriften, sodass dieser Personenkreis auch entsprechend informiert sei.

Zur Gewährleistung einer effektiven Bereisung in einer kleinen Gruppe zur Vorbereitung der Verkehrs- und Umweltausschusssitzungen sei es nach Ansicht der Verwaltung sinnvoll, die seit vielen Jahren bewährte Besetzung der Verkehrskommission mit maximal 5 Personen unverändert beizubehalten.

Die Verwaltung wies ferner darauf hin, dass aktuell ein Ratsmitglied zugleich ordentliches Mitglied der Verkehrskommission und des Integrationsrates sei.

Es stünde selbstverständlich jedem frei, die Bereisungsorte der Verkehrskommission anhand der informell übersendeten Unterlagen eigenverantwortlich zu begehen. Über die Ergebnisse der Verkehrskommission sei ferner jedes Mitglied des Ausschusses durch Übersendung der Niederschrift informiert.

Herr Karakök äußerte, ihm gehe es nicht um die Interessen, er würde gerne mitwirken, mitgestalten und seine Meinung vertreten. Eine eigene Begutachtung halte er nicht für sinnvoll. In der Gruppe könne man schließlich Entscheidungen bereden. In der Vergangenheit wurden etliche ähnliche Anträge der Mitbestimmungen abgelehnt, somit verzichte er auf einen entsprechenden Antrag.

Herr Puhl, seitens der CDU-Fraktion, bezog sich auf die Ausführungen von Herrn Brunner. Außerdem erwähnte Herr Puhl, dass derzeit ein Mitglied des Gremiums der Verkehrskommission auch ein Mitglied des Integrationsrates sei, somit sehe er das angesprochene Problem nicht.

Herr Karakök sehe diese Person im Gremium lediglich als Parteimitglied, welches nicht die Interessen des Integrationsrates vertrete, sondern die der Fraktion bzw. Partei.

Der Integrationsrat vertrete doch keine Parteiangelegenheiten, es werden Interessengruppen mit gemeinsamer Zielsetzung vertreten. Somit sehe er es positiv, dass ein Mitglied des Integrationsrates auch im Gremium der Verkehrskommission sei, so Herr Puhl

Herr Karakök plädierte dafür, dass die Fraktionsmitglieder der Ausschüsse auch an den Vorbereitungen des Integrationsrates teilnehmen sollten, damit man Entscheidungen kombinieren könne.

**Beschluss:**

Der Integrationsrat nahm die Ausführungen der Verwaltung mit 3 Ja-Stimmen und 11 Enthaltungen zur Kenntnis.

**6. Berufung einer stellvertretenden sachkundigen Einwohnerin/eines stellvertretenden sachkundigen Einwohners in den Bau- und Planungsausschuss**

Gemäß § 58 Abs. 4 GO NW können volljährige sachkundige Einwohner den Ausschüssen als Mitglieder mit beratender Stimme angehören. Sie haben kein Stimmrecht.

Der Integrationsrat hat gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Baesweiler vom 17.06.2014 geeignete Personen als sachkundige Einwohner für die verschiedenen Ausschüsse zu bestimmen, u.a. für den Bau- und Planungsausschuss. Der bisherige stellvertretende sachkundige Einwohner für den Bau- und Planungsausschuss, Herr Ahmed Amgoune, hat den Verzicht auf seinen Sitz erklärt. Daher soll dem Rat der Stadt Baesweiler eine neue Person als stellvertretende(r) sachkundige(r) Einwohner/in vorgeschlagen werden. Herr Hakan Sarioglu soll wie bisher sachkundiger Einwohner des Bau- und Planungsausschusses bleiben. Die sachkundigen Einwohner müssen nicht zwingend dem Integrationsrat angehören, müssen jedoch volljährig sein und in der Stadt Baesweiler wohnen (§ 58 Abs. 4 GO NRW i.V.m. § 21 Abs. 1 GO NRW). Diese Vorschläge werden dem Rat für seine nächste Sitzung unterbreitet. Auf Vorschlag des Integrationsrates sollen dann die sachkundigen Einwohner vom Rat gewählt werden.

Der Rat bestellt sodann die ihm benannten sachkundigen Einwohner zu Mitgliedern der im Einzelnen zu benennenden Ausschüsse.

Herr Sarioglu schlug Frau Pervin Koch als stellvertretende sachkundige Einwohnerin vor.

**Beschluss:**

Der Integrationsrat empfahl dem Rat der Stadt Baesweiler einstimmig, Frau Pervin Koch zur stellvertretenden sachkundigen Einwohnerin zu bestellen.

**7. Berufung einer neuen Vertreterin/eines neuen Vertreters in den Stadtteilbeirat**

In der Sitzung des Stadtteilbeirates vom 20.05.2010 wurde auf Vorschlag des Integrationsrates beschlossen, einen Vertreter des Integrationsrates der Stadt Baesweiler als stimmberechtigtes Mitglied in den Stadtteilbeirat für das Projekt "Soziale Stadt Setterich-Nord" aufzunehmen.

In der Sitzung des Integrationsrates vom 28.08.2014 wurde Herr Serkan Yalcin als stimmberechtigtes Mitglied für den Stadtteilbeirat des Projektes „Soziale Stadt Setterich-Nord“ bestellt.

Darüber hinaus wurde davon abgesehen, eine/einen offizielle(n) Vertreter/in zu bestellen, da es günstiger sei, im Verhinderungsfall nicht an eine Person gebunden zu sein.

Der Vorstand des Integrationsrates bat um Neubenennung der/des stimmberechtigten Vertreterin/Vertreters in den Stadtteilbeirat.

In Vorbereitung der Sitzung wurde Herr Kazim Karakök vorgeschlagen.

**Beschluss:**

Der Integrationsrat bestellte einstimmig Herrn Kazim Karakök als stimmberechtigtes Mitglied für den Stadtteilbeirat des Projektes "Soziale Stadt Setterich-Nord".

**8. Aktueller Sachstand zum Thema „Flüchtlinge in Baesweiler“**

Wie bereits mehrfach berichtet steige die Zahl der Flüchtlinge, die der Stadt Baesweiler seitens der Bezirksregierung Arnsberg zur Unterbringung zugewiesen werden, kontinuierlich an. Mit Stand vom 29.10.2015 liege die Zahl der Personen im Leistungsbezug nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Baesweiler bei 288, berichtete Beigeordneter Brunner.

Die städtischen Unterkünfte in der Peterstraße seien mit derzeit 83 Personen komplett voll belegt. Die städtischen Unterbringungsmöglichkeiten Am Bauhof seien derzeit mit 80 Personen belegt. Darunter seien insgesamt 8 Personen, die Leistungen durch das Jobcenter erhalten. Vor kurzem konnten auf Grund zurückgehender Obdachlosenzahlen einige Wohnungen, die bislang der Unterbringung Obdachloser dienten bzw. zu diesem Zweck vorgehalten wurden, zu Flüchtlingsunterkünften umgewidmet werden. Darüber hinaus habe die Stadt Baesweiler derzeit 5 städtische und 24 Privatwohnungen zur Unterbringung von Flüchtlingen angemietet. Dort seien bereits 100 Personen untergebracht. Drei dieser Wohnungen wurden kurzfristig mit weiteren 13 Personen bezogen. Von den 100 Personen beziehen inzwischen 7 Personen Leistungen vom Jobcenter. Darüber hinaus beginnen zeitnah weitere Mietverhältnisse von 5 Wohnungen und einem Einfamilienhaus, in denen voraussichtlich insgesamt ca. 26 Personen untergebracht werden können. Die restlichen Personen wohnen in von diesen selbst angemieteten Wohnungen oder bei Familienangehörigen. Von den in Baesweiler lebenden Flüchtlingen seien derzeit rund 60 Personen aus Albanien, 42 aus Syrien, 21 aus dem Kosovo, 17 aus Serbien, je 14 aus Mazedonien und Irak, 11 aus Georgien, 10 aus Marokko und Algerien. Jeweils 9 Personen kommen aus Bosnien und Guinea. Die übrigen Flüchtlinge kommen u.a. aus Bangladesch, Eritrea, Iran, Indien, Afghanistan, Pakistan, Libanon, Nigeria oder Ghana, so der Beigeordnete weiter.

Eine Rahmenvereinbarung mit der VIVAWEST zur kurzfristigen Unterbringung von (weiteren) Flüchtlingen sei in Vorbereitung. Das Sozialamt beobachte zudem kontinuierlich den Wohnungsmarkt und suche nach geeignetem Wohnraum für Flüchtlinge. Des Weiteren würden alle an das Sozialamt herangetragenen Wohnungsangebote überprüft.

Des Weiteren wurde wie bereits bekannt sei, die Stadt Baesweiler seitens der StädteRegion Aachen aufgefordert, kurzfristig Unterkünfte für die Erstaufnahme von Flüchtlingen bereitzustellen. Zu diesem Zweck wurde die ehemalige Turnhalle Lessingschule für eine Nutzung als Notunterkunft vorbereitet. Hier wurde Platz für 60 Personen im Rahmen der Erstaufnahme geschaffen. Am 5. Oktober seien 43 Personen aufgenommen worden. Herkunftsländer seien überwiegend Syrien, Afghanistan, Irak sowie Bangladesch und Tadschikistan. Der Malteser Jugendtreff Setterich diene als Verpflegungs- und Aufenthaltsort. Betreiber der Notunterkunft sei die StädteRegion Aachen und die Betreuung der Flüchtlinge habe dankenswerterweise das Deutsche Rote Kreuz übernommen, welches mit professionellem Personal 24 Stunden vor Ort sei und bereits über sehr große Erfahrungen mit dem Betrieb einer Vielzahl solcher Unterkünfte verfüge. Seitens der StädteRegion Aachen und des DRK wurde bestätigt, dass es sich bei der Erstaufnahmeeinrichtung der Stadt Baesweiler um eine Einrichtung mit einem sehr hohen Standard handele.

Dies läge unter anderem auch an der Aufnahme des Malteser Jugendtreffs als zusätzliche Aufenthaltsmöglichkeiten und Essenausgabestelle.

Die Inanspruchnahme als Erstaufnahmeeinrichtung stelle an die Betreiber der Einrichtungen viele logistische, medizinische, sicherheitsrelevante, aber auch soziale Herausforderungen. In einer geeigneten Örtlichkeit müssen Übernachtungs- und Aufenthaltsmöglichkeiten, sanitäre Einrichtungen, Verpflegung und Getränke vorgehalten werden. Darüber hinaus seien Beförderungsmöglichkeiten zu organisieren. Da die in den Kommunen ankommenden Flüchtlinge zudem noch nicht registriert seien, müssen Absprachen nach den Vorgaben der Bezirksregierungen, Bescheinigungen über die Meldung als Asylsuchender erstellt bzw. vorbereitet werden. Eine ärztliche Untersuchung müsse organisiert werden. Die sprachliche Verständigung, z.B. über Dolmetscher, müsse gewährleistet und es müssen seelsorgerische Maßnahmen getroffen werden.

Bezüglich der ärztlichen Untersuchung, insbesondere der ersten Inaugenscheinnahme, haben sich die Baesweiler Ärzte bereit erklärt, das DRK zu unterstützen. Für die sich daran anschließende erforderliche ärztliche Erstuntersuchung stehen im Medizinischen Zentrum in Bardenberg Räumlichkeiten zur Verfügung. Zudem wurde eine Gruppe von Medizinern aufgebaut, die die Untersuchung durchführen.

Seitens der Stadt Baesweiler wurden bereits im Vorfeld zahlreiche Maßnahmen ergriffen, die die Abwicklung der Erstaufnahmeeinrichtung möglichst reibungslos verlaufen ließen.

Es sei so, dass die Flüchtlinge der Erstaufnahmeeinrichtung auf die Zurechnungsquote angerechnet werden. Der weitere Zustrom der normalen Zuweisungen habe insofern aber nur zwei Wochen ausgesetzt, so Herr Brunner.

Frau Tosuncuk erklärte, dass die Mitglieder des Integrationsrates sehr bemüht seien, in Verbindung mit den Flüchtlingen zu treten, z.B. durch Veranstaltungen. Für sie sei es jedoch auch wichtig zu wissen, wie die Flüchtlinge hier in Baesweiler leben, um ihre Situation besser nachvollziehen zu können. Somit bat sie im Namen des Integrationsrates um eine Besichtigung einer noch leerstehenden Wohnung, welche für Flüchtlinge vorgesehen sei.

Frau Koch bezog sich auf die Flüchtlinge, die eine bessere Bleibeperspektive haben. Sie habe gehört, dass diese schneller in Sprachkurse gelangen sollen. Sie fragte nach, ob es dazu Informationen gäbe und auch wie viele Flüchtlingskinder derzeit in Baesweiler seien.

Herr Brunner erläuterte, dass man unterscheiden müsse zwischen der kommunalen Aufgabe und der ausländerrechtlichen Situation. Über die Bleibeperspektive könne man als Kommune relativ wenig sagen. Hier könne man sich lediglich auf die Herkunftsländer beziehen. Syrer haben z.B. derzeit eine höhere Chance auf die Gewährung von Asyl als z.B. Albaner. Man müsse jedoch dazu auch wissen, dass es Fälle gäbe, in denen jemand mit einem abgelehnten Asylantrag trotzdem längerfristig in Deutschland verbleiben würde. Die Sprachförderung sei abhängig von den Integrationskursen und hierfür komme es auf den ausländerrechtlichen Status an. Über die entsprechenden Asylanträge entscheide jedoch nicht die Kommune oder das Ausländeramt, sondern das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Aufgrund dessen sei die Stadt Baesweiler in Kooperation mit dem Nachbarschaftstreff, der VHS und auch mit dem Haus Setterich dazu übergegangen, freiwillige Sprachkurse für Flüchtlinge anzubieten. Diese würden auch sehr gut besucht. Für Flüchtlingskinder, die der Kommune fest zugewiesen wurden, bestehe Schulpflicht.

Hier seien zusätzliche Projekte in Planung, um elementare Deutschkenntnisse zu fördern,

sodass diese Kinder auch dem normalen Schulunterricht folgen können. Dieses Projekt werde im nächsten Ausschuss für Jugend, Familie, Senioren und Soziales vorgestellt. Außerdem werde allen Flüchtlingsfamilien angeboten, ihre Kinder im Kindergarten anzumelden. Dies werde auch von vielen angenommen. Wie bereits in TOP 3 gehört, werde die Sprachbildung in Kindergärten auch stark gefördert.

Bezüglich des Antrages auf Wohnungsbesichtigung von Frau Tosuncuk führte der Beigeordnete aus, dass vor der nächsten Ausschusssitzung für Jugend, Familie, Senioren und Soziales eine entsprechende Besichtigung einer belegten und auch einer leerstehenden Unterkunft erfolgen solle. Nach Rücksprache mit der Integrationsratsvorsitzenden bzw. mit dem Vorstand sei eine Einladung zu diesem Besichtigungstermin für einen Vertreter oder eine Vertreterin des Integrationsrates erfolgt. Es sei jedoch nicht möglich, mit einer großen Gruppe belegte Flüchtlingsunterkünfte zu besichtigen. Sollte darüber hinaus der Wunsch bestehen, eine separate Besichtigung durchzuführen, so schlug Herr Brunner vor, in absehbarer Zeit einen Termin mit drei oder vier Integrationsratsmitgliedern zu vereinbaren und diesen eine renovierte Wohnung vor Bezug der Flüchtlinge zu zeigen.

Herr Karakök erkundigte sich, ob der ins Leben gerufene ehrenamtliche Helferkreis auch entsprechend in Anspruch genommen werde.

Hierzu führte Herr Brunner aus, dass diesem Helferkreis derzeit rund 36 Helferinnen und Helfer angehören, die wöchentlich dienstags in der Zeit von 15:30 bis 18:00 Uhr das Café „Willkommen“ betreiben, bei dem sich die Flüchtlinge treffen können, nicht nur untereinander sondern auch mit Bürgerinnen und Bürger. Das Café sei öffentlich.

Die Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler wurden unter anderem auf interkulturelle Kompetenzen und auch auf Traumatisierung von Flüchtlingen sowie Rechte und Pflichten im Ehrenamt fachkundig geschult. Auch mit dem Nachbarschaftstreff, den Kirchengemeinden und der Kleiderkammer bestünde eine gute Zusammenarbeit. Auch habe sich ein großer Dolmetscher-Pool ergeben, welcher viele verschiedene Sprachen abdecke. Durch das ehrenamtliche Engagement erfahre die Stadt Baesweiler eine große Unterstützung, so Herr Brunner.

Herr Karakök bot seine Hilfe an.

### **Beschluss:**

Der Integrationsrat der Stadt Baesweiler nahm die Ausführung der Verwaltung einstimmig zur Kenntnis.

## **9. Verwendung der Mittel des Integrationsrates für das Jahr 2016**

Der Rat der Stadt Baesweiler hat in seinen Sitzungen am 14.12.2010 beschlossen und am 28.04.2015 nochmals bestätigt, dem Integrationsrat einen Betrag in Höhe von 500,00 € zur eigenständigen Finanzierung der Kosten zur Gestaltung einer eigenen Öffentlichkeitsarbeit im Sinne der Förderung des friedlichen Miteinanders aller Bevölkerungsgruppen in Baesweiler zur Verfügung zu stellen. Die Mittel für das Jahr 2015 waren auf Grund des Beschlusses des Integrationsrates vom 10.02.2015 für folgende Verwendung vorgesehen und wurden bislang wie folgt abgerufen:

|   | zur Verfügung<br>- € - | abgerufen<br>- € - | Rest<br>- € - |
|---|------------------------|--------------------|---------------|
| Adventskaffee                                 | 200,00                 | 0,00               | 200,00        |
| Iftar-Essen                                   | 200,00                 | 0,00               | 200,00        |
| Auslegung von Süßigkeiten zu den Feiertagen   | 40,00                  | 27,90              | 12,10         |
| Präsente im Rahmen des Lach-Möwen-Löwen-Tages | 60,00                  | 62,17              | - 2,17        |

Dabei sei zu beachten, dass der Betrag für das Iftar-Essen, das bereits am 9. Juli 2015 stattgefunden hat, in Höhe von 200,00 € bislang noch nicht abgerechnet wurde.

Für das Auslegen von Süßigkeiten zu Weihnachten können danach lediglich noch 9,93 € verausgabt werden (Rest 12,10 Euro abzüglich 2,17 € Mehrausgaben Lach-Möwen-Löwen-Tag).

Für das Jahr 2016 stünden dem Integrationsrat erneut 500,00 € zur Verfügung. Über die Verwendung solle in der Sitzung beraten und beschlossen werden. Vorgeschlagen wurde bisher seitens des Vorstandes des Integrationsrates:

|   |                    |
|---|--------------------|
| Auslegen von Süßigkeiten zu den Feiertagen    | 40,00 Euro.        |
| Präsente im Rahmen des Lach-Möwen-Löwen-Tages | <u>60,00 Euro.</u> |
|   | 100,00 Euro.       |

Somit stünden noch weitere 400,00 € zur Verfügung.

Frau Gürbüz erklärte, dass der Integrationsrat über die Verwendung der Mittel für das Jahr 2016 beraten habe und dies nicht einfach gewesen sei. Es wurde folgendes festgelegt:

|  |          |
|--|----------|
| Kaffeenachmittag im Rahmen der Seniorenwoche | 50,00 €  |
| Lesung                                       | 150,00 € |
| Iftar-Essen                                  | 150,00 € |
| Filmabend                                    | 50,00 €  |

Frau Koch fragte nach dem Antrag der letzten Sitzung, ob es möglich sei das Budget des Integrationsrates zu erhöhen.

Laut Herrn Brunner wurde der Antrag vom Rat der Stadt Baesweiler mehrheitlich abgelehnt.

Herr Yalcin erfragte nach einem ausschlaggebenden Grund der Ablehnung. Hierzu erklärte Herr Brunner, dass es vielfältige Aktivitäten im Bereich der Integration gäbe, welche über das Budget hinaus aus dem Haushalt der Stadt Baesweiler getragen würden. Somit wurde entschieden, das Budget nicht weiter zu erhöhen.

Frau Gürbüz erklärte, dass sie sich Gedanken gemacht habe, wie der Integrationsrat sich einbringen könne. Es sei ihr sehr schwergefallen, weil die nötigen Gelder fehlen. Wenn der Integrationsrat etwas bewirken solle, dann bräuchte er auch entsprechende Gelder. Bei den nun vorgeschlagenen Veranstaltungen können die Integrationsratsmitglieder selbst Dinge zusteuern. Sie können selber kochen oder backen oder auch Spenden einholen. Dies sei sicherlich machbar. Sie möchten jedoch auch gerne andere Veranstaltungen anbieten, die nichts mit „Essen“ zu tun haben, denn Migrantinnen würden immer mit „Essen“ in Verbindung gebracht.

Herr Brunner verwies auf Veranstaltungen, die auf Initiative des Integrationsrates durchgeführt wurden, wie z.B. das Internationale Kinderfest oder auch die Mahnwache, welche seitens der Verwaltung auch finanziell unterstützt werden.

Frau Tosuncuk sehe keine Gewährleistung der Arbeit des Integrationsrats mit einem Budget in Höhe von 500,00 €. Der Gesetzgeber habe den Kommunen den Auftrag gegeben, einen Integrationsrat zu bilden. In Baesweiler gäbe es diesen zwar, aber sie beziehe das gegebene Budget auf das Sprichwort: 500,00 € seien zu viel zum Sterben und zu wenig zum Leben. Sie bedankte sich für die Unterstützung der Stadt Baesweiler bei Veranstaltungen, jedoch könne man das Internationale Kinderfest nicht nur mit der Arbeit des Integrationsrates in Verbindung setzen. Im nächsten Jahr werde der Integrationsrat wieder einen Antrag auf ein höheres Budget stellen.

Herr Puhl von der CDU-Fraktion machte den Vorschlag, dass der Integrationsrat Projekte vorstellen solle, die durchgeführt werden sollten. Dann könnten seitens des Rates und der Verwaltung Sponsoren gesucht werden, um diese Maßnahmen zu realisieren. Ihm sei nicht bekannt, dass bisher Projekte abgelehnt wurden. Außerdem bekräftigte er nochmals die Ausführungen von Herrn Brunner und betonte, dass es derzeit keinen Unterausschuss gäbe, der über eine eigene Budgetkompetenz verfüge.

Frau Tosuncuk bezog sich auf die gesetzlichen Vorschriften, es sei vorgeschrieben, dem Integrationsrat die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Frau Akkas ergänzte, dass der Integrationsrat sich schwer tue, die Projektideen vorzustellen, weil diese höhere finanzielle Mittel erfordern würden. In der Vergangenheit wurden mehrere Projekte vorgeschlagen, welche dann z.B. vom Kulturausschuss abgelehnt wurden. Sie wollten kein Geld „zum Fenster rausschmeißen“, jedoch wolle man Integrationsarbeit leisten.

Herr Puhl, seitens der CDU-Fraktion, und Herr Beckers, seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, können sich nicht an ein Projekt erinnern, dass abgelehnt wurde. Es wurden alle Vorschläge umgesetzt. Frau Akkas konnte auf Anhieb kein abgelehntes Projekt benennen, wollte aber nochmals in den Niederschriften nachlesen.

Herr Karakök nahm Bezug auf den im letzten Jahr vertagten Aufsatzwettbewerb. Man habe 2014 beschlossen, den Aufsatzwettbewerb „Werde Bürgermeister für einen Tag“ im Jahr 2015 nicht durchzuführen und für 2016 nochmals neu über das Angebot zu beraten.

Herr Brunner wies darauf hin, dass die Preise für den Aufsatzwettbewerb immer aus dem Budget des Integrationsrates finanziert wurden. Somit müsse man festlegen, ob der Aufsatzwettbewerb in 2016 durchgeführt werden solle.

Frau Breuer erklärte, dass für den Aufsatzwettbewerb in der Vergangenheit immer 100,00 Euro aus dem Budget zur Verfügung gestellt wurden. Herr Karakök habe Preise in Form von Gutscheinen gekauft. Meist wurden diese noch durch Gewerbetreibende aufgestockt, sodass 100,00 Euro eingesetzt wurden und man Gutscheine im Wert von 120,00 Euro (10 x 12,00 Euro) verschenken konnte.

Herr Karakök erinnerte sich, dass Frau Breuer vorgeschlagen habe, für Kinder der 3. Klasse einen Malwettbewerb und für Kinder der 4. Klasse einen Aufsatzwettbewerb durchzuführen.

Außerdem habe Frau Breuer gesagt, man könne auch Gelder über den Ausschuss für Jugend, Familie, Senioren und Soziales erhalten.

Frau Breuer erwiderte, dass dies lediglich Vorschläge ihrerseits gewesen seien und diese im Integrationsrat beschlossen werden müssten. Mittel des Ausschusses für Jugend, Familie, Senioren und Soziales habe sie keinesfalls zugesichert.

Herr Puhl wies darauf hin, dass man die wie eingangs festgesetzten Mittel dann umschichten müsse, da ansonsten der Etat für 2016 nicht ausreichen würde.

### **Beschluss:**

Der Integrationsrat befürwortete bei 9 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen grundsätzlich die Durchführung eines Aufsatzwettbewerbes „Werde Bürgermeister für einen Tag“ oder alternativ eines vergleichbaren Projektes (z.B. Malwettbewerb) für die Grundschulkinder im Jahre 2016 und beschloss die Entscheidung über die weitere Ausgestaltung und die Finanzierung auf die Frühjahrssitzung des Integrationsrates in 2016 zu vertagen.

Außerdem beschloss der Integrationsrat einstimmig, die Mittel für das Jahr 2016 wie folgt zu verwenden:

|  |              |
|--|--------------|
| Auslegen von Süßigkeiten zu den Feiertagen:    | 40,00 Euro,  |
| Präsente im Rahmen des Lach-Möwen-Löwen-Tages: | 60,00 Euro,  |
| Kaffeé-Nachmittag im Rahmen der Seniorenwoche: | 50,00 Euro,  |
| eine Lesung:                                   | 150,00 Euro, |
| Iftar-Essen zu Ramazan:                        | 150,00 Euro, |
| Filmabend in der Burg Baesweiler:              | 50,00 Euro.  |

## **10. Rückblick Internationales Kinder- und Stadtteilstfest 2015 sowie Planung Internationales Kinderfest 2016**

Der Ausschuss für Jugend, Familie, Senioren und Soziales hat in seiner Sitzung am 11.09.2014 einstimmig beschlossen, die Verwaltung mit der Organisation eines Internationalen Kinderfestes und Familientages im Jahr 2015 zu beauftragen, und zwar in Kooperation mit dem Integrationsrat.

In der Stadtteilbeiratssitzung am 04.12.2014 wurde vorgeschlagen, das Internationale Kinderfest und Familientag gemeinsam mit dem Stadtteilstfest Setterich im und rund um das Haus Setterich zu feiern. Dieser Vorschlag wurde seitens der Verwaltung mit dem Vorstand des Integrationsrates erörtert und in der Integrationssitzung am 10.02.2015 beraten.

Die beiden Feste wurden gemeinsam erfolgreich am 9. Mai 2015 im und rund um die Bürgerbegegnungsstätte „Haus Setterich“ gefeiert.

Frei nach dem Motto „Dabei sein ist alles“, ob auf der großen Stadtteilbühne, als Zuschauer, bei Kaffee und Kuchen, einem leckeren Döner oder beim Geschicklichkeitsspiel. Es wäre für Jeden etwas dabei gewesen.

Ein großes Dankeschön gilt allen, die tatkräftig zum gelungenen Fest beigetragen haben.



Das „Internationale Kinder- und Stadtteilstfest“ lebt vom Engagement und den Ideen der Menschen aus der gesamten Stadt sowie der Zusammenarbeit verschiedener Vereine und Gruppen über Traditionen und Kulturen hinweg.

Mitgewirkt haben zahlreiche Vereine, Kindergärten, Einrichtungen und Institutionen aus Baesweiler und Umgebung, aber auch Einzelpersonen.

Ein besonderes Highlight war sicherlich die Parade und der Auftritt der Mehter Gruppe, die seitens des Integrationsrates organisiert wurde und auch zum größten Teil über Sponsoren des Integrationsrates finanziert wurde, denen an dieser Stelle nochmals gedankt sei.

Die Kosten, die aus dem städtischen Etat finanziert wurden, setzen sich wie folgt zusammen:

|   |                   |
|---|-------------------|
| 1. Auftritt der Mehter Gruppe                                   | 2.000,00 €        |
| 2. Auftritt der Tanzgruppe „Dervische“                          | 250,00 €          |
| 3. Moderation   | 140,00 €          |
| 4. Clown Mario Walde  | 240,00 €          |
| 5. Fa. Boendgen Baustoffe (Plakatkleber)                        | 14,23 €           |
| 6. Zander Papier & Pokale (Wertmarken)                          | 22,80 €           |
| 7. Zander Papier & Pokale (Armbinden für Ordner bei der Parade) | 15,80 €           |
| 8. VMD Versicherungsdienst (Veranstalter-Haftpflicht)           | 65,10 €           |
|   | <b>2.747,93 €</b> |

Die Finanzierung erfolgte durch:

|   |                   |
|---|-------------------|
| Sponsoren des Integrationsrates für die Mehter Gruppe                       | <u>1.700,00 €</u> |
| verbleibende Kosten:  | 1.047,93 €        |
| abzüglich Zuschuss der StädteRegion Aachen (Kommunales Integrationszentrum) | <u>500,00 €</u>   |
| <b>Fehlbetrag:</b>  | <b>547,93 €</b>   |

Die Finanzierung des übrigen Anteils in Höhe von 2.247,23 € erfolgt über das Budget Soziale Stadt Setterich-Nord „Stadtteilstfest“ und wurde vom DRK-Stadtteilbüro wie folgt benannt:

|   |                   |
|---|-------------------|
| Schreibwaren (Pappe)                              | 16,00 €           |
| Umbeschriftung Banner                             | 17,85 €           |
| Diverses (Pappteller, u.ä. sowie Tischdeko)       | 131,50 €          |
| Kinderschminke u. Straßenmalkreide                | 29,74 €           |
| Aufwandsentschädigungen (Reinigung und Helfer)    | 185,00 €          |
| Ausleihe Popcornmaschine inkl. Verbrauchsmaterial | 109,00 €          |
| Beschallung und Beleuchtung                       | 900,00 €          |
| Zeltmiete   | 154,70 €          |
| Geschirr- und Spülmobil                           | 200,00 €          |
| GEMA-Gebühren                                     | 68,31 €           |
| Ausschank- und Kühlwagen, Gläser                  | 217,94 €          |
| Plakate   | 217,19 €          |
|   | <b>2.247,23 €</b> |

Der Erlös des Festes in Höhe von 779,98 € aus dem Verkauf der Speisen und Getränke soll für ein Angebot für Familien genutzt werden, das Flüchtlingskindern zu Gute kommen soll, aber auch als offenes Angebot für alle Kinder gestaltet werden soll.

Auch 2016 solle wieder ein Internationales Kinderfest stattfinden. Seitens der Verwaltung werde befürwortet, das Internationale Kinderfest aufgrund des finanziellen Aspektes und auch des terminlichen Aspektes wieder mit dem Stadtteilstfest zusammenzulegen. So könne man unter anderem auch finanzielle Synergieeffekte erzielen, erläuterte Herr Brunner.

Der Integrationsratsvorstand befürworte das Internationale Kinderfest als Einzelveranstaltung stattfinden zu lassen, da der Fokus auf dem Kinderfest liegen solle. Gewünscht sei es, den Termin für das geplante Fest möglichst nah an den 23. April zu legen. Im Jahr 2016 könne man den Termin für das Internationale Kinderfest zusammen mit dem städtereionalen Familientag Anfang Mai zusammenlegen. Dies wäre jedoch am gleichen Wochenende wie die Kirmes des Junggesellenvereins Baesweiler und somit nicht empfehlenswert. Ein Alternativtermin stehe zur Zeit noch nicht fest, würde aber rechtzeitig bekanntgegeben, so Herr Brunner.

Herr Karakök bedankte sich für die Zusammenarbeit, so mache die gemeinsame Arbeit Spaß.

### **Beschluss:**

Der Integrationsrat nahm die Ausführungen der Verwaltung zum Internationalen Kinder- und Stadtteilstfest 2015 sowie zum Internationalen Kinderfest 2016 zur Kenntnis.

### **11. Mitteilung der Vorsitzenden**

Die Vorsitzende Frau Akkas bezog sich auf die laufende Bedarfsanalyse für eine muslimische Bestattung. Die Rückmeldungen der Befragung hierzu dauerten an. Sie hoffe, die Ergebnisse in der nächsten oder übernächsten Sitzung vortragen zu können.

Frau Koch fragte nach, ob es eine gewisse Prozentzahl gäbe, die erreicht werden müsse, um ein muslimisches Grabfeld einzurichten.

Herr Brunner äußerte, dass es sicherlich keinen bestimmten Prozentsatz gäbe, man müsse die Rückmeldungen abwarten. Natürlich müsse ein realistischer Bedarf da sein, damit ein muslimisches Grabfeld eingerichtet werden könne.

Frau Koch erfragte, ob es möglich sei, ein solches Grabfeld neben der Moschee einzurichten.

Herr Brunner erläuterte, dass dies rechtlich nicht geprüft worden sei. Er gehe jedoch davon aus, dass dies nicht möglich sei. Bei dem vorliegenden Antrag gehe es nur um einen generellen Bedarf.

Auch Frau Akkas erläuterte, dass weitere Einzelheiten erst nach der Bedarfsanalyse erfolgen werden.

Laut Frau Tosuncuk, könne die Bedarfsanalyse durch die offen stehende Frage beeinflusst werden.

## 12. Mitteilung der Verwaltung

Herr Brunner wies auf die ausgelegten Flyer hin.

## 13. Anfrage von Integrationsratsmitglieder

Herr Karakök verwies auf ausliegende Unterlagen zum „Forum 60“ hin.

Frau Akkas schloss die Sitzung um 20:11 Uhr und bedankte sich bei den Anwesenden.

Die Vorsitzende



( Akkas )

Die Schriftführerin



( Hanek )